

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Ehe und Familie schützen - Keine steuerliche Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, im Bundesrat jegliche Initiativen abzulehnen, wonach gleichgeschlechtliche Partnerschaften im Steuerrecht mit Ehen gleichgestellt werden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden nicht eingegangen, um Kinder zu zeugen. Eine steuerliche Gleichbehandlung von schwulen oder lesbischen Lebenspartnerschaften mit der Ehe ist grundsätzlich abzulehnen.